



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Andre Hüsgen
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 0202-60933100
Fax (0202)
E-Mail andrehuesgen@gmx.de
Datum 08.09.2017
Drucks. Nr. VO/0745/17
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Große Anfrage

Zur Sitzung am	Gremium
20.09.2017	Hauptausschuss
25.09.2017	Rat der Stadt Wuppertal

Große Anfrage : Verbreitung linksextremistischer Inhalte über die städtische Infrastruktur

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte beantworten Sie unsere Anfrage zur Ratssitzung am 25. September 2017.

Inhalt

1. Wie beurteilt die Verwaltung, dass ihre Beschäftigte F. am 4. September 2017 um 11.27 Uhr über ihre städtische E-Mail-Adresse an 44 Kommunalpolitiker einen Rundbrief des linksextremistischen „Tacheles Erwerbslosen- und Sozialhilfevereins“ weiterleitete?
2. Entspricht das Verlangen der „Tacheles“-Akteure nach Störung des für den 9. September 2017 geplanten AfD-Informationsstandes dem Handeln der Verwaltung? Wenn ja: Warum?
3. Distanziert sich die Verwaltung vom linksextremistischen Inhalt der „Tacheles“-Rundbriefe?
Wenn nein: Warum nicht?
4. Ist es üblich, dass Verwaltungsbeschäftigte im Dienst über die städtische Infrastruktur Inhalte verbreiten, die mehr oder weniger offen zu Straftaten aufrufen? Wenn ja: Warum?
5. Gibt es aufgrund des o. g. Skandals nun eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters, dass derartige Hass-Inhalte, die dem rechtsstaatlichen Zwang der Verwaltung zur politischen Neutralität zuwiderlaufen, künftig nicht über städtische Kanäle verbreitet werden dürfen?
Wenn nein: Warum nicht?

Begründung

Aus Sicht der Anfragstellerin ist es in hohem Maße befremdlich, wie die Verwaltungsbeschäftigte F. am 4. September 2017 um 11.27 Uhr einen Rundbrief des linksextremistischen „Tacheles Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein“ unter Nutzung ihrer städtischen E-Mail-Adresse an 44 Kommunalpolitiker weiterleiten konnte. Dieser Verein erklärte u. a. am 28. August 2017 in seinem Rundbrief seine Solidarität mit dem kurze Zeit zuvor vom Bundesministerium des Innern wegen jahrelanger krimineller Aktivitäten verbotenen Kollektivs „Linksunten Indymedia“. Das Bejubeln von Kriminellen und eigenes Agieren am Rande der Legalität scheinen beim „Tacheles Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein“ Programm zu sein. Daher verwundert es sehr, wie so etwas über städtische Kanäle Verbreitung finden kann.